

Er schrieb einer Elfjährigen, er wolle Sex

Biel Der Mann war damals 20 Jahre alt, sie elf und ihre jüngere Schwester acht. Zu beiden hat er sexuellen Kontakt gesucht, wie Whatsapp-Nachrichten beweisen. Nun steht der Mann aus Nidau vor Gericht. Und die Anklageliste ist lang.

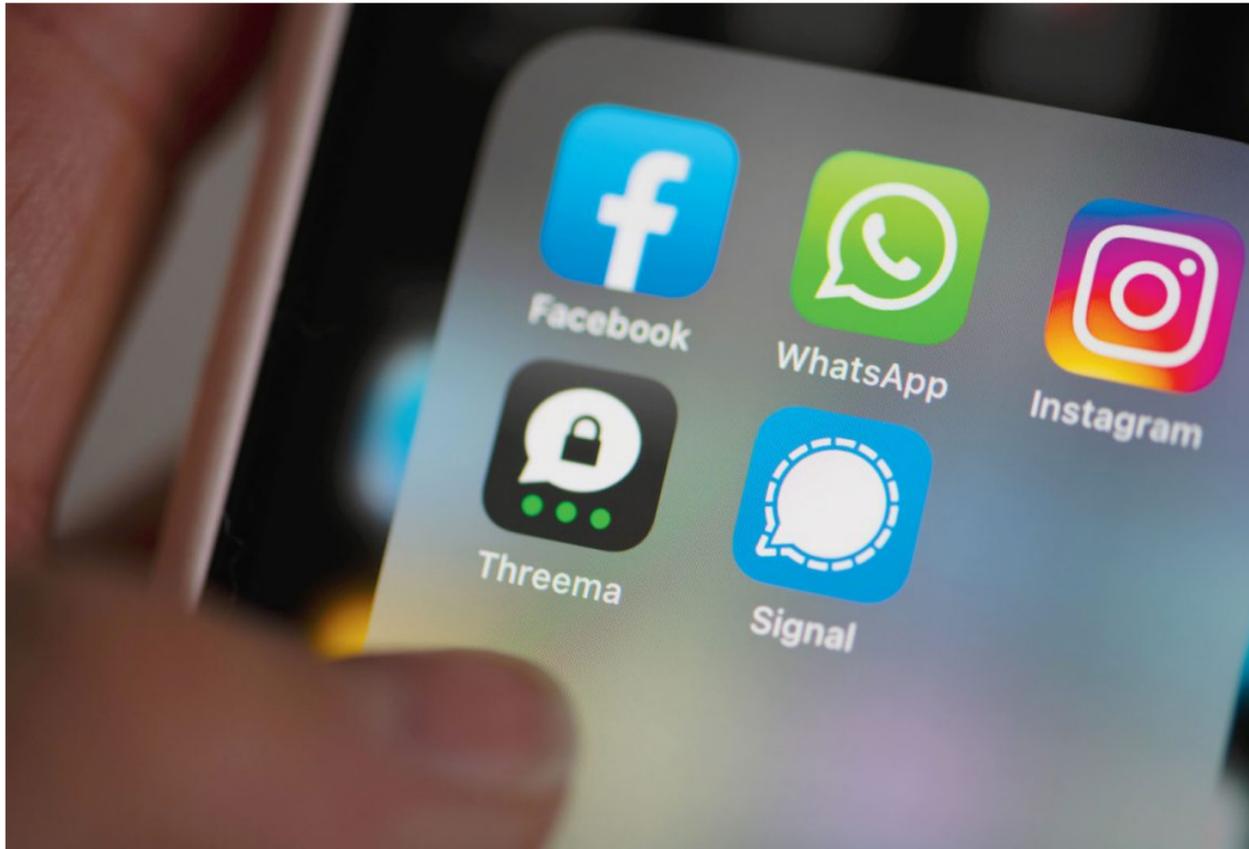
Hannah Frei

Abgespeichert hatte Nathalie* die Nummer von Julien* unter «Brüderlein». Ihre Eltern mochten sich, die Familien gingen zusammen schlitteln, wandern und verbrachten viel Zeit miteinander. Auch die jüngere Schwester Mira* hat Julien ins Herz geschlossen. Da lag es nahe, dass der damals 20-Jährige auch ab und an auf die beiden Mädchen aufpasste. Doch was dabei geschah, wurde gestern vor dem Regionalgericht Berner Jura/Seeland besprochen. Julien ist angeklagt wegen sexueller Handlungen mit Kindern, dem Versuch dazu, Pornografie und Verletzung des Privatrechts. Die Liste mit den Anklagepunkten ist jedoch noch um einiges länger: versuchte schwere Körperverletzung, Tätlichkeiten, Sachbeschädigung, Beschimpfung und Gewalt gegen Behörden – um die wichtigsten Punkte zu nennen.

«Am Anfang habe ich nicht realisiert, um was es geht. Ich sah ihn als grossen Bruder», sagt Nathalie bei der Anhörung. Gemäss der Anklageschrift soll Julien sie in den Jahren 2015 und 2016 mehrfach über den Kleidern zwischen den Beinen berührt haben, bis sie sich wehrte. Der Versuch, ihr T-Shirt und ihre Hose auszuziehen, sei gescheitert, da sie sich wehrte. Und er wollte sie via Whatsapp dazu bringen, mit ihm zu schlafen. Doch alles, was sich nicht nützte und stichfest mit den Chats beweisen lässt, bestreitet der Angeklagte vor Gericht.

Er rief sie ins Zimmer

Auch die achtjährige Mira soll Julien zu sexuellen Handlungen nötigen wollen. Er habe sie in sein Zimmer gerufen, die Zimmertür abgeschlossen und sie gefragt, ob sie sich vor ihm ausziehen würde. Mira habe dies nicht gewollt und das Zimmer daher



Via Chat forderte er mehrere Kinder und Jugendliche dazu auf, ihm Nacktbilder von sich zu schicken. KEYSTONE

wieder verlassen. Kurze Zeit später erzählte sie das ihrer älteren Schwester, via Whatsapp.

Was sie und ihre Schwester sagen, sei nicht wahr, sagt der Beschuldigte vor Gericht, als Gerichtspräsidentin Elisabeth Ochsner ihn mit den Vorwürfen konfrontierte. Zu Berührungen sei es nie gekommen. «Wir haben Kissenschlachten gemacht. Es kann sein, dass ich sie berührt habe. Aber nicht absichtlich», sagt der Beschuldigte. Er sei homosexuell, führte schon damals Beziehungen mit Männern und habe kein Interesse an Mädchen. Die What-

sapp-Nachrichten, die er damals Nathalie schickte, zeichnen jedoch ein anderes Bild. Darin forderte er sie unter anderem dazu auf, zu ihm zu kommen, um seinen Penis zu berühren. «Weshalb haben Sie dann solche Dinge geschrieben?», fragt Ochsner. «Ich war überfordert», antwortet er. Damit, dass Nathalie ihm ständig schrieb, weil sie in ihn verliebt gewesen sei. Das bestätigt zwar auch die Gerichtspräsidentin, Nathalie erzählte dies bereits in den Vernehmungen vor dem Prozess. Das rechtfertige jedoch die Nachrichten an sie nicht, sagt Ochsner.

«Der ganze Druck wurde mir zu viel», versuchte Julien erneut sich zu erklären. Er habe sie nicht enttäuschen wollen, in dem er ihr klargemacht hätte, dass er kein Interesse an ihr habe. «Für sie wäre eine Welt zusammengebrochen.»

Doch für Nathalie schien vielmehr durch die Vorfälle bei den Kissenschlachten die Welt zusammengebrochen zu sein. «Mich belastet es, dass die Beziehung, die wir hatten, dadurch zerstört wurde. Darüber denke ich noch heute viel nach», sagt Nathalie. Ochsner scheint ihr zu glauben. Die Erklärungen des

Angeklagten hingegen wirken für sie nicht schlüssig. Welchen Grund sollten die beiden Mädchen haben, ihn fälschlicherweise zu beschuldigen? «Vielleicht, weil sie erfuhren, dass ich einen Freund hatte», so Julien.

Kontakte zu Buben

Bei den beiden Schwestern soll es aber nicht geblieben sein: Einen 13- und einen 15-Jährigen hat er ebenfalls via Chatnachrichten zu einem Treffen für Sex animiert, schickte ihnen Bilder von sich, forderte dasselbe von ihnen.

Den 15-Jährigen habe er via Dating-Plattform kennengelernt, sagt Julien vor Gericht, und älter eingeschätzt, genauso wie den 13-Jährigen. «Ich war mir der Konsequenzen nicht bewusst. Das war sicher nicht richtig», sagt er. Die Gerichtspräsidentin sowie Staatsanwältin Barbara Zähler und Rechtsanwalt Sascha Schürch, der die beiden Mädchen vor Gericht vertritt, liess der Beschuldigte mit diesen Aussagen etwas ratlos zurück.

Im Saal anwesend waren jedoch auch noch zahlreiche andere Privatklägerinnen, unter anderem eine Polizistin, eine Sicherheitsbeauftragte und eine junge Frau, der er an einer Party in Zürich mit voller Wucht ins Gesicht getreten und ihr Haarbüschel ausgerissen haben soll. Das alles sei ausgelöst worden durch einen «kindischen Streit», wie die Privatklägerin sagt. «Ich habe noch nie einen solch aggressiven Menschen erlebt. Es ist krank, eine Frau so anzugreifen», sagt sie.

Die Polizistin soll er mehrfach mit «Drecksschlampe» beschimpft haben, als er an besagtem Abend von der Polizei festgenommen wurde. Und den Sicherheitsbeauftragten biss er bei einer anderen Festnahme so stark in den Daumen, dass Sehnen anrissen. Auf die Frage, weshalb all das passiert sei, antwortet der Beschuldigte nur: «Ich kann mich nicht mehr erinnern. Ich gehe davon aus, dass das so passiert ist. Vielleicht hatte ich zu viel getrunken.»

Es ist eine Bandbreite von Delikten, wie sie sogar sein Verteidiger Philipp Kunz noch nie gesehen hat. Er fordert jedoch lediglich eine Geldstrafe für all die Delikte. Staatsanwältin Zähler hingegen will den Beschuldigten für 36 Monate hinter Gitter sehen. Das Urteil wird am Freitag gesprochen.

*Namen der Redaktion bekannt

Tiefe Wahlbeteiligung in Biel ist schlecht für Erich Fehr

Wahlen Die kantonalen Wahlen vom 27. März scheinen in Biel kaum zu interessieren. Daran ändert auch die Kandidatur von Stadtpräsident Erich Fehr nichts.

Kantonale Wahlen, wen interessiert? Wird die Regierung und das Parlament im Kanton Bern alle vier Jahre neu besetzt, ist die Beteiligung am Urnengang traditionell äusserst gering. Bei den vergangenen Wahlen hat sie sich jeweils bei rund 30 Prozent eingependelt.

Kein Wunder, schliesslich stehen für das Parlament jeweils grösstenteils unbekannte Persönlichkeiten zur Wahl. Die profilierten Köpfe werden bei den nationalen Wahlen aufgestellt und bei Wahlen auf Gemeindeebene geht es immerhin um das Geschehen direkt vor der Haustür. Auf beiden Ebenen beteiligen sich deutlich mehr Stimmberechtigte als beim kantonalen Urnengang. Laut Marc Bühlmann, Direktor Année Politique Suisse am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern, findet die sogenannte Nationalisierung der Schweizer Politik bereits seit ein paar Jahrzehnten statt. Verant-

wortlich dafür seien einerseits die Parteien, die früher stark kantonal organisiert gewesen seien und immer stärker nach einer Zentralisierung strebten. Andererseits spielten die Medien eine wichtige Rolle: Die Medienlandschaft fokussiere je länger je mehr auf das nationale Politgeschehen, was wiederum zur Folge habe, dass sich die Stimmberechtigten stärker für nationale als für kantonale Politik interessierten.

Nur jede Vierte ging wählen

Innerhalb des Kantons Bern gibt es je nach Verwaltungskreis deutliche Unterschiede. Dabei praktisch immer auf dem unruhmlischen Biel (58,5 Prozent Stimmbeteiligung). Wurde die hiesige Bevölkerung durch die Pandemie also auch für das Bestellen von Regierung und Parlament sensibilisiert? Mit einem Blick auf die bisherige Wahlbeteiligung gibt es dafür zumindest für Biel nur eine Antwort: Nein.

dem Briefweg in den letzten fünf Tagen vor dem Abstimmungstermin bei der Gemeinde ein. Die Wahlbeteiligung lässt sich jedoch in Relation stellen zu den Wahlen 2018.

Und der Vergleich zeigt: Die Beteiligung wird sich in knapp einer Woche in einem ähnlichen Bereich wie 2018 bewegen. 2018 hatten sechs Tage vor dem Stichtag 7,85 Prozent der Stimmberechtigten gewählt, diesmal sind es also 7,24 Prozent. Die Entwicklung ist ähnlich: 2018 lag die Beteiligung zehn Tage vor der Wahl bei 5,5 Prozent, heuer waren es 5,2 Prozent. Dass die Politisierung während der Pandemie offenbar keine Mobilisierung für die kantonalen Wahlen zur Folge hat, überrascht Politologe Marc Bühlmann nicht. Nach Aufhebung der einschneidenden Massnahmen in der Pandemiebekämpfung sei der mobilisierende Effekt bereits wieder verpufft. Würden unterschiedliche kantonale Massnahmen nach wie vor greifen, wäre das anders, ist Bühlmann überzeugt.

Pandemie beeinflusst kaum

Am Montag betrug die Wahlbeteiligung in der Stadt Biel gerade einmal 7,24 Prozent. Eine im ersten Moment erschreckende Zahl, die jedoch relativiert werden muss: Die meisten Wahl- und Abstimmungscouverts treffen auf

dem Briefweg in den letzten fünf Tagen vor dem Abstimmungstermin bei der Gemeinde ein. Die Wahlbeteiligung lässt sich jedoch in Relation stellen zu den Wahlen 2018.

Und der Vergleich zeigt: Die Beteiligung wird sich in knapp einer Woche in einem ähnlichen Bereich wie 2018 bewegen. 2018 hatten sechs Tage vor dem Stichtag 7,85 Prozent der Stimmberechtigten gewählt, diesmal sind es also 7,24 Prozent. Die Entwicklung ist ähnlich: 2018 lag die Beteiligung zehn Tage vor der Wahl bei 5,5 Prozent, heuer waren es 5,2 Prozent. Dass die Politisierung während der Pandemie offenbar keine Mobilisierung für die kantonalen Wahlen zur Folge hat, überrascht Politologe Marc Bühlmann nicht. Nach Aufhebung der einschneidenden Massnahmen in der Pandemiebekämpfung sei der mobilisierende Effekt bereits wieder verpufft. Würden unterschiedliche kantonale Massnahmen nach wie vor greifen, wäre das anders, ist Bühlmann überzeugt.

Er glaubt auch nicht, dass die jüngere Stimmbewölkerung durch die Auswirkungen der Pandemie nun stärker an die Wahlurnen ge-

lockt wird. «Jüngere setzen mehr auf unkonventionelle Beteiligungsformen und die direkte Demokratie als auf Wahlen», sagt Bühlmann.

Zurück nach Biel und damit auch zum Bieler Stadtpräsidenten Erich Fehr (SP), der mit dem rotgrünen Viererticket die Mehrheit in der Kantonsregierung gewinnen will. Das linke Lager ist laut Bühlmann auf eine gute Mobilisierung in den Städten angewiesen, wenn es etwas an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen ändern will. Zumindest in Biel scheint das nicht zu gelingen – was wiederum schlechte Nachrichten für Erich Fehr sind. Es ist ein Handicap, wenn ausgerechnet in seinem Heimatwahlkreis, wo er prozentual ein gutes Ergebnis machen dürfte, die Wahlbeteiligung am tiefsten ist.

Ein Blick nach Bern

Wie aber sieht das in Bern aus? Die grösste Stadt des Kantons wählt und stimmt traditionsgemäss noch um einiges linker als Biel – und auch die Wahlbeteiligung ist jeweils um einiges höher. Das dürfte auch am kommenden Sonntag so sein. In der Stadt Bern liegt die Beteiligung

am Montag nämlich bei 12,7 Prozent. Das sind Stand jetzt zwar 5,5 Prozent mehr als in Biel, entspricht jedoch ziemlich genau dem Wert von vor vier Jahren. Und damals hat die wählerstarke Bundesstadt dem Angriff des linken Bündnisses bekanntlich nicht zum Erfolg verholfen, es wurde eine bürgerliche Regierungsmehrheit gewählt.

Beibe die Wahlbeteiligung im Kanton Bern bei den rund 30 Prozent der letzten Wahlen, sei eine grössere Verschiebung unwahrscheinlich, glaubt Marc Bühlmann. Bei einer schlechten Beteiligung spreche man schnell von einer Krise. Schäume man sich die Leute aber an, die nicht wählen gehen, sei ein Grossteil von ihnen mit der aktuellen Situation einfach zufrieden. «In einer Demokratie möchte man gerne, dass alle mitreden. Nicht mitreden bedeutet aber nicht, alles schlecht zu finden.» Als problematischer erachtet er, dass rund ein Fünftel jener, die nicht partizipieren, angeben, dass ihnen das Wahlprozedere zu kompliziert sei. «Hier müsste der Staat im Sinne der politischen Bindung aktiv werden», sagt Bühlmann.

Lino Schaeren